

Hinweis: Alle mit [] oder anderen Leerstellensymbolen im Text gekennzeichneten Stellen werden nach Zuschlagserteilung bieterindividuell ergänzt.

Rahmenvertrag

Inhaltsverzeichnis

Präambel	3
§ 1 Vertragsgegenstand; Vertragsbestandteile	4
§ 2 Liefergegenstände (Mobiliar); Modus der Einzelabrufe	4
§ 3 Lieferpflichten des Auftragnehmers	7
§ 4 Leistungspflichten des Auftraggebers; Vergütung	9
§ 5 Planungsleistungen des Auftragnehmers	10
§ 6 Zahlungsmodalitäten	11
§ 7 Laufzeit; außerordentliche Kündigung	13
§ 8 Höhere Gewalt	14
§ 9 Gewährleistung; Haftung	14
§ 10 Schlussbestimmungen	15

Rahmenvertrag

über die Beschaffung von Schulmobiliar

zwischen

dem Landkreis Mainz-Bingen sowie dem Landkreis Alzey-Worms

– im Folgenden „**Auftraggeber**“ genannt –

und

„[]“

[Anschrift]

[Vertretung]

– im Folgenden „**Auftragnehmer**“ genannt –

– im Folgenden gemeinsam auch „**Vertragsparteien**“ genannt –

Präambel

Um die planbare und zuverlässige Beschaffung von Mobiliar für die unter ihrer Trägerschaft stehenden Schulen zu gewährleisten, hat der Auftraggeber, der Landkreis Alzey-Worms und der Landkreis Mainz-Bingen, den Abschluss eines befristeten Rahmenvertrags über die Ausstattung mit solchem Schulmobiliar sowie die Erbringung von Planungsleistungen EU-weit ausgeschrieben. Das Angebot des Auftragnehmers hat im Rahmen dieser Ausschreibung den Zuschlag erhalten.

Durch den Rahmenvertrag soll es dem Auftraggeber ermöglicht werden, ohne verpflichtende Mindestabnahmemenge nach Bedarf einzelne Bestellungen über die im Leistungsverzeichnis aufgelisteten Artikel zu den dort festgelegten Preisen sowie über sonstige Artikel des bestehenden und künftigen Mobiliar-Sortiments des Auftragnehmers zu tätigen. Dieser Rahmenvertrag regelt den Modus der Einzelabrufe, die aus einem Einzelabruf resultierenden gegenseitigen Rechte und Pflichten der Vertragsparteien sowie die Einzelheiten etwaig abgerufener Planungsleistungen.

§ 1 Vertragsgegenstand; Vertragsbestandteile

1.1 Gegenstand des Rahmenvertrags sind folgende Leistungen:

- der Verkauf, die Lieferung und Montage von Schulmobiliar im Wege von Einzelabrufen;
- die Erbringung von Planungsleistungen für das zu liefernde Mobiliar.

1.2 Vertragsbestandteile sind:

1.2.1. die Regelungen dieses Vertragstextes;

1.2.2. das Protokoll des Aufklärungsgesprächs vom [] (Anlage []),

1.2.3. das vom Bieter im Rahmen der Ausschreibung ausgefüllt eingereichte Leistungsverzeichnis (Anlage []),

1.2.4. das Angebot des Auftragnehmers vom [] im Übrigen (Anlage []),

1.2.5. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der Fassung von 2003 (Banz. Nr. 178a)

1.3 Die absteigende Reihenfolge der Dokumente unter 1.2 bestimmt bei Widersprüchen zugleich die Rangfolge der Vertragsbestandteile. Dies gilt nicht, soweit von zwingenden Regelungen in Gesetzen oder Verordnungen abgewichen wird; in diesem Fall gehen die zwingenden Regelungen vor.

1.4 Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sowie etwaig zwischen den Parteien bestehende (sonstige) Grundsatz-, Rahmen- oder Sondervereinbarungen finden keine Anwendung und werden nicht Vertragsbestandteil. Dies gilt auch dann, wenn der Auftraggeber der Geltung der Geschäfts- oder sonstigen Bedingungen des Auftragnehmers nicht ausdrücklich widerspricht.

§ 2 Liefergegenstände (Mobiliar); Modus der Einzelabrufe

2.1 Der Auftraggeber ist während der Laufzeit des Rahmenvertrags berechtigt, aber nicht verpflichtet, die im Leistungsverzeichnis (Anlage []) aufgelisteten Basis-Artikel zu den

dort festgelegten Preisen zu bestellen (die im Leistungsverzeichnis aufgelisteten und bepreisten Basis-Artikel nachfolgend gesamthaft auch „**Basis-Sortiment**“ genannt). Soweit im Leistungsverzeichnis (**Anlage []**) für Artikel des Basis-Sortiments eine Farbauswahl vorgesehen ist (z. B. gemäß der Farbkarte des Bieters bei einer Auswahl von **mindestens** acht Farben ohne Aufpreis / buchefarben und ahornfarben usw.), kann der Auftraggeber bei der Bestellung frei aus den angebotenen Farben wählen. Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber unverzüglich nach Zuschlagserteilung die für die Farbwahl gemäß Leistungsverzeichnis maßgebliche(n) Farbkarte(n) in digitaler Form kostenfrei zur Verfügung. Über Änderungen/Aktualisierungen der Farbkarte(n) ist der Auftraggeber unverzüglich unaufgefordert zu unterrichten; die geänderte/aktualisierte Farbkarte ist dem Auftraggeber unverzüglich in digitaler Form kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Daneben ist der Auftraggeber berechtigt, aber nicht verpflichtet, auch solche Artikel aus dem sonstigen aktuellen Warensortiment des Auftragnehmers und aus dem künftigen Warensortiment des Auftragnehmers zu bestellen, die nicht Gegenstand des Leistungsverzeichnisses sind, aber jeweils einer der folgenden Produktkategorien zuzuordnen sind (nachfolgend auch „**Rand-Artikel**“ oder gesamthaft „**Rand-Sortiment**“ genannt):

- Sitzmöbel, insbesondere Stühle, Hocker, Sitzbänke
- Tische, insbesondere Schülertische, Computertische, Personaltische, Spieltische, Beistelltische, Werkbänke, Theken
- Schränke und Regale, insbesondere Aufsatzschränke, freistehende Schränke, Wand- und Hängeschränke, Standregale, Wandregale, Spinde, Sideboards, Vitrinen
- Polstermöbel und -elemente, insbesondere Sofas, Sessel, Liegen, Polsterelemente ohne Lehne, Polstermatten, Sitzsäcke, Sitzkissen
- Raumteiler, Stellwände.

Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber unverzüglich nach Zuschlagserteilung seinen zum Zeitpunkt der Zuschlagserteilung aktuellen, allgemeingültigen Verkaufskatalog, aus dem sich (mindestens) alle Rand-Artikel ergeben, in elektronischer Form sowie zusätzlich mindestens zwei Exemplare in Papierform zur Verfügung. Über Änderungen/Aktualisierungen des Verkaufskatalogs ist der Auftraggeber unverzüglich unaufgefordert zu unterrichten; der geänderte/aktualisierte Verkaufskatalog ist dem Auftraggeber unverzüglich in der gleichen Form wie der ursprüngliche Verkaufskatalog kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

2.2 Bestellungen aus dem Basis- und Rand-Sortiment erfolgen im Wege sogenannter Einzelabrufe. Ein Einzelabruf im Sinne dieses Vertrages kommt wie folgt zustande:

2.2.1 Der Auftraggeber fordert den Auftragnehmer mindestens textförmlich (§ 126b BGB) zur Abgabe eines verbindlichen Angebots auf (im Folgenden: „**Bestellanfrage**“). Die Bestellanfrage muss folgende Angaben enthalten:

- Artikelnummer/n und Menge/Stückzahl der abzurufenden Artikel sowie – soweit zutreffend – Farbwahl betreffend die abzurufenden Artikel;
- Gewünschter Lieferzeitpunkt: Wunschdatum oder zum nächstmöglichen Zeitpunkt;
- Lieferort: Adresse und, sofern einschlägig, Gebäudeteil, Etage und Raum.

2.2.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, dem Auftraggeber spätestens 10 Tage nach Zugang der Bestellanfrage über die darin benannten Artikel und unter Angabe des verbindlichen Lieferdatums ein verbindliches, mindestens textförmliches (§ 126b BGB) Angebot nach Maßgabe der Regelungen dieses Vertrags zu machen.

2.2.3 Nimmt der Auftraggeber dieses Angebot mindestens textförmlich (§ 126b BGB) an, kommt zwischen den Vertragsparteien ein selbstständiger Kaufvertrag über die bestellten Artikel zustande, der den Auftragnehmer zur Leistungserbringung gemäß § 3 dieses Rahmenvertrags und den Auftraggeber zur Zahlung des Kaufpreises gemäß § 4 dieses Rahmenvertrags verpflichtet; die termingerechte Leistung zu dem nach 2.2.2 benannten verbindlichen Lieferdatum ist dabei für den Auftraggeber wesentlich im Sinne von § 323 Abs. 2 Nr. 2 BGB, sodass bei Überschreitung eine gesonderte Fristsetzung als Voraussetzung für die Ausübung eines Rücktrittsrechts entbehrlich ist.

2.2.4 Legt der Auftragnehmer innerhalb der in 2.2.2 genannten Frist schuldhaft kein verbindliches Angebot nach den dort geregelten Anforderungen vor, ist der Auftraggeber nach vorheriger textförmlicher (§ 126b BGB) Androhung gegenüber dem Auftragnehmer zur Geltendmachung einer Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Netto-Abrufvolumens der in Rede stehenden Bestellanfrage berechtigt. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein

wesentlich geringerer Schaden entstanden ist. Die Geltendmachung weiterer Schadensersatzansprüche des Auftraggebers bleibt neben der Vertragsstrafe unberührt. Jede verwirkte Vertragsstrafe wird auf solche Schadensersatzansprüche angerechnet. 10.1 ist zu beachten. Im Übrigen gilt § 11 VOL/B.

- 2.3 Abrufberechtigt sind beim Auftraggeber die Mitarbeitenden der Schulreferats bzw. der Schulverwaltung des Auftraggebers sowie der Schulsekretariate der kreiseigenen Schulen des Auftraggebers.
- 2.4 Der Auftraggeber ist weder zur Vornahme einer bestimmten Anzahl von Einzelabrufen noch zur Abnahme einer bestimmten Mindestmenge in Bezug auf Basis- und/oder Rand-Artikel verpflichtet.
- 2.5 Die Vertragsparteien benennen zwecks einfacher und zuverlässiger Bearbeitung der Einzelabrufe unverzüglich nach Zuschlagserteilung jeweils feste Ansprechpartner und Stellvertretungen; Änderungen werden dem jeweils anderen Vertragspartner unverzüglich angezeigt.

§ 3 Lieferpflichten des Auftragnehmers

- 3.1 Nach einem Einzelabruf treffen den Auftragnehmer die in den nachfolgenden Absätzen im Einzelnen geregelten Leistungspflichten.
- 3.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die bestellten Artikel am Lieferort an den Auftraggeber zu übergeben und zu übereignen. Hierzu ist er verpflichtet, die bestellten Artikel an dem Lieferdatum des Einzelabrufs frei Haus an den in der Bestellanfrage angegebenen Lieferort zu liefern. Transport und Lieferung erfolgen auf Risiko des Auftragnehmers. Erst durch die erfolgreiche Anlieferung und ggf. Montage der Artikel am Lieferort wird der Auftragnehmer von seiner Leistungspflicht frei (Bringschuld).
 - 3.2.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Lieferung zum Lieferdatum des Einzelabrufs durchzuführen; ist ein taggenaues Lieferdatum nicht vereinbart, so erfolgt die Lieferung – vorbehaltlich einer abweichenden, mindestens textförmlichen (§ 126b BGB) Abrede im Einzelfall – Montag bis Freitag (außer gesetzliche Feiertage in Rheinland-Pfalz) zwischen 08:00 Uhr und 16:00 Uhr. Der Auftragnehmer stimmt die genaue Uhrzeit der Lieferung mit angemessenem zeitlichem Vorlauf mit dem

Auftraggeber ab und bestätigt die Uhrzeit anschließend mindestens textförmlich (§ 126b BGB).

- 3.2.2 Die Lieferzeit darf die Dauer von **zwei Monaten** nicht überschreiten. Das gilt nicht, wenn der Auftraggeber in seiner Bestellanfrage selbst einen späteren Wunschtermin benannt hat. Das gilt ferner nicht, wenn die Vertragsparteien im Einzelfall aus zwingenden Gründen (z.B. außergewöhnlich hohe Abrufmenge eines Einzelabrufs) mindestens textförmlich (§ 126b BGB) eine längere Lieferzeit vereinbart haben; in diesem Fall erläutert der Auftragnehmer die die Lieferverzögerung tragenden Gründe dem Auftraggeber mindestens textförmlich (§ 126b BGB).
- 3.2.3 Die Lieferzeit beginnt mit Vertragsschluss im Sinne von 2.2.3 zu laufen.
- 3.2.4 Überschreitet der Auftragnehmer schuldhaft die nach Ziff. 3.2.2 zulässige Lieferzeit, ist der Auftraggeber nach vorheriger textförmlicher (§ 126b BGB) Androhung gegenüber dem Auftragnehmer zur Geltendmachung einer Vertragsstrafe in Höhe von 0,5 % des auf die jeweils ausstehenden Artikel entfallenden Netto-Kaufpreises je vollendete Kalenderwoche des schuldhaften Lieferverzugs berechtigt. Die Vertragsstrafe ist je Einzelabruf auf insgesamt 3 % des jeweiligen Netto-Einzelabrufvolumens beschränkt. Diese Vertragsstrafe ist – vorbehaltlich der Regelung in 10.1 – von derjenigen nach Ziff. 2.2.4 unabhängig. Dem Auftragnehmer bleibt der Nachweis vorbehalten, dass überhaupt kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist. Die Geltendmachung von gesetzlichen Gestaltungsrechten und weiterer Schadensersatzansprüchen bleibt neben der Vertragsstrafe nach Satz 1 unberührt. Jede verwirkte Vertragsstrafe wird auf solche Schadensersatzansprüche angerechnet. 10.1 ist zu beachten. Im Übrigen gilt § 11 VOL/B.
- 3.3 Grundsätzlich ist der Auftragnehmer verpflichtet, die nach Ziff. 3.2 gelieferten Artikel kostenfrei am Lieferort fachgerecht zu montieren und/oder einzubauen. Der Auftragnehmer ist außerdem stets, d. h. ohne die Äußerung eines besonderen Wunsches, verpflichtet, den im Zuge von Auslieferung, Montage und/oder Einbau anfallenden Abfall, insbesondere Verpackungsabfall, auf eigene Kosten ordnungsgemäß zu entsorgen.

3.4 Der Auftragnehmer kann sich für Transport und Anlieferung sowie für die fachgerechte Montage und den fachgerechten Einbau auf eigene Kosten und eigenes Risiko geeigneter Dritter bedienen, die für die zu übernehmenden Tätigkeiten hinreichend ausgestattet, qualifiziert und erfahren sind. Der Einsatz des Dritten entbindet den Auftragnehmer nicht von seinen vertraglichen Verpflichtungen. Der Dritte ist Erfüllungsgehilfe des Auftragnehmers im Sinne von § 278 BGB.

3.4.1 Bedient sich der Auftragnehmer eines Dritten, ist er verpflichtet, den Auftraggeber hiervon rechtzeitig, mindestens drei Werktage vor dem vereinbarten Lieferdatum, zu unterrichten.

3.4.2 Bedient sich der Auftragnehmer mehrerer Dritter (z.B. eines Dritten für Transport und Anlieferung und eines anderen Dritten für die Montage), hat er die von diesen erbrachten Leistungen fachlich und zeitlich zu koordinieren. Gegenüber dem Auftraggeber ist allein der Auftragnehmer dafür verantwortlich, dass alle beteiligten Dritten die vereinbarten Fristen einhalten und die Leistungen vertragsgemäß erbringen.

§ 4 Leistungspflichten des Auftraggebers; Vergütung

4.1 Nach einem Einzelabruf treffen den Auftraggeber die folgenden Leistungspflichten.

4.2 Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftragnehmer den geschuldeten Kaufpreis zu zahlen:

4.2.1 Für die im Leistungsverzeichnis (**Anlage [■ ■ ■]**) aufgelisteten Artikel des Basis-Sortiments gelten die dort festgelegten Preise.

4.2.2 Für Artikel des Rand-Sortiments gelten die im Zeitpunkt des Einzelabrufs im Verkaufskatalog des Auftragnehmers ausgewiesenen Preise, abzüglich des im Leistungsverzeichnis angebotenen und bezuschlagten prozentualen Rabatts. Maßgeblich ist der allgemeingültige Verkaufskatalog des Auftragnehmers, den dieser auch anderen Kunden in vergleichbarer Weise zur Verfügung stellt.

- 4.2.3 Mit dem vom Auftraggeber gemäß Ziff. 4.2.1 und 4.2.2 geschuldeten Kaufpreis sind sämtliche bei Verkauf, Lieferung, Montage, Einbau und Abfallentsorgung anfallenden Kosten des Auftragnehmers, insbesondere Produktions-, Transport-, Personal- und Materialkosten, abgegolten.
- 4.3 Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Artikel zur vereinbarten Lieferzeit am Lieferort entgegenzunehmen, sofern diese vertragsgemäß, insbesondere vollständig und mangelfrei, sind. Mit der Entgegennahme geht die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung der Artikel auf den Auftraggeber über, sofern der Auftragnehmer nicht auch Montage und/oder Einbau schuldet; in letztgenanntem Fall geht die Gefahr erst mit Vollen- dung der vom Auftragnehmer geschuldeten Montage und/oder des Einbaus auf den Auf- traggeber über.

§ 5 Planungsleistungen des Auftragnehmers

- 5.1 Auf Verlangen des Auftraggebers ist der Auftragnehmer im Vorfeld einer Bestellung ver- pflichtet, dem Auftraggeber innerhalb von vier Wochen ein verbindliches, mindestens textförmliches (§ 126b BGB) Angebot zum Abschluss eines Vertrags über vom Auftrag- geber benannte Leistungen zur konzeptionellen Planung der Einrichtung bestimmter Räume am Lieferort zu machen; zu den hiernach vom Auftragnehmer geschuldeten Ein- zelleistungen können, je nach vertraglicher Abrede im Einzelfall,

- die gestalterische und technisch-konstruktive Beratung des Auftraggebers,
- die Anfertigung von Zeichnungen,
- die Anfertigung von 3D-Visualisierungen,
- Bemusterungen und
- Vermessungen

zählen (im Folgenden: „**Planungsleistungen**“). Das Angebot soll bereits einen Vor- schlag für einen ersten Planungs- und Besprechungstermin beinhalten.

- 5.2 Durch die mindestens textförmliche (§ 126b BGB) Annahme des Auftraggebers kommt ein selbstständiger Vertrag zustande, der den Auftragnehmer zur Erbringung der vorgenannten Planungsleistungen im vereinbarten Umfang und den Auftraggeber zur Vergütung derselben nach Maßgabe von Ziff. 5.4 verpflichtet.
- 5.3 Die Planungsleistungen sind durch fachlich hinreichend qualifizierte Mitarbeitende des Auftragnehmers zu erbringen. Der Auftragnehmer trägt die Mehrkosten, die ihm, dem Auftraggeber oder Dritten durch fehlerhafte Planungsleistungen entstehen. Der Auftragnehmer haftet ferner für Schäden, die ihm, dem Auftraggeber oder Dritten durch fehlerhafte Planungsleistungen entstehen.
- 5.4 Die Planungsleistungen werden pauschal in Abhängigkeit vom Nettowert des auf ihrer Grundlage erfolgenden Einzelabrufs vergütet. Bei einem Netto-Abrufvolumen von bis zu 100.000 EUR beträgt die Höhe der Vergütung vier Prozent des Abrufvolumens. Ab einem Netto-Abrufvolumen von mehr als 100.000 EUR beträgt die Höhe der Vergütung drei Prozent des Abrufvolumens.
- 5.5 Kommt ein Einzelabruf nicht zustande, obwohl der Auftragnehmer die Planungsleistungen vertragsgemäß erbracht hat, kann er vom Auftraggeber zum Ausgleich eine pauschale Vergütung in Höhe von netto 500 EUR verlangen.
- 5.6 Die Fälligkeit der Vergütung nach Ziff. 5.4 folgt der Fälligkeit der Vergütung für den auf Grundlage der Planungsleistungen erfolgenden Einzelabruf.

§ 6 Zahlungsmodalitäten

- 6.1 Alle Preise und Vergütungen gelten zzgl. der jeweiligen gesetzlichen Umsatzsteuer.
- 6.2 Der Auftragnehmer stellt dem Auftraggeber nach Erbringung der jeweiligen vertragsgenständlichen Leistung eine prüffähige Rechnung hierüber aus, die mindestens die in § 14 Abs. 4 Satz 1 Umsatzsteuergesetz (UStG) genannten Angaben enthält. Hat der Auftragnehmer im Vorfeld des Einzelabrufs Planungsleistungen nach Maßgabe von § 5 erbracht, rechnet er diese beiden Leistungen separat voneinander ab.

- 6.3 Die Zahlung erfolgt per Banküberweisung innerhalb von 30 Tagen nach Vorlage einer prüffähigen Rechnung. Der Auftragnehmer gewährt dem Auftraggeber ein Skonto in Höhe von 3 % auf den (Netto-)Rechnungsbetrag bei Zahlungseingang innerhalb von 14 Tagen nach Vorlage einer prüffähigen Rechnung.
- 6.4 Der Auftraggeber schuldet keine Fälligkeitszinsen. Für den Zahlungsverzug gelten die gesetzlichen Vorschriften.
- 6.5 Für die im Leistungsverzeichnis (Anlage []) geregelten (Netto-)Preise für das Basis-Sortiment gilt nachfolgende Regelung zur Preisanpassung.
- 6.5.1 Frühestens nach Beendigung des zweiten Jahres der Vertragslaufzeit (Ziff. 7.1) kann der Auftragnehmer einmalig verlangen, dass in Anwendung der in 6.5.3 enthaltenen Preisanpassungsregelung und unter den Voraussetzungen von 6.5.2 die im Leistungsverzeichnis (Anlage []) geregelten (Netto-)Preise für das Basis-Sortiment angepasst werden.
- 6.5.2 Voraussetzung ist, dass sich der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), EVAS-Nummer 61241 (früher: Fachserie 17 Reihe 2), Lfd.-Nr. 591, Nr. 31 der GP-Systematik, Güterabteilung, -gruppe, -klasse, -kategorie, -unterkategorie, -art: „Möbel“ zum Zeitpunkt des Anpassungsverlangens um mehr als 5 % im Vergleich zum Monat des Vertragsbeginns (Ziff. 7.1) erhöht hat.
- 6.5.3 Die Anpassung erfolgt im Verhältnis zur Erhöhung des Indexes der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), EVAS-Nummer 61241 (früher: Fachserie 17 Reihe 2), Lfd.-Nr. 591, Nr. 31 der GP-Systematik, Güterabteilung, -gruppe, -klasse, -kategorie, -unterkategorie, -art: „Möbel“, berechnet als Veränderung in Prozent (Beispiel: Veränderung des Indexes: +6%; Anpassung der im Leistungsverzeichnis (Anlage []) geregelten (Netto-)Preise: +6%). Die

Indexentwicklung in Prozent errechnet sich nach folgender Formel:

$$\text{Neuer Indexstand} / \text{Alter Indexstand} \times 100 - 100$$

Die Preisanpassung ist dabei auf 10% gedeckelt, sodass die (Netto-)Preise nach der Anpassung höchstens 110% der ursprünglich im Leistungsverzeichnis (Anlage []) geregelten (Netto-)Preise entsprechen dürfen (Beispiel: Veränderung des Indexes: +18%; Anpassung der im Leistungsverzeichnis (Anlage []) geregelten Preise: +10%).

- 6.5.2 Der Auftragnehmer hat die Preisanpassung dem Auftraggeber mindestens textförmlich (§ 126b BGB) mitzuteilen und die geltend gemachte Kostensteigerung mit geeigneten Nachweisen zu belegen. Ein geeigneter Nachweis ist insbesondere der einschlägige Preisindex des Statistischen Bundesamtes.
- 6.6 Der Auftragnehmer hat ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht nur wegen rechtskräftig festgestellter oder unbestrittener Gegenforderungen.

§ 7 Laufzeit; außerordentliche Kündigung

- 7.1 Die Laufzeit des Rahmenvertrags beträgt höchstens vier Jahre. Die Vertragslaufzeit beginnt am xx.xx.xxx und endet entweder mit Erreichen des maximalen kostenmäßigen Abrufvolumens gemäß Ziff. 7.2 oder mit Ablauf des xx.xx.xxxx, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher eintritt.
- 7.2 Das maximale Abrufvolumen im Sinne von Ziff. 7.1 beträgt x EUR (in Worten: x Euro) netto.
- 7.3 Jede Vertragspartei hat jederzeit das Recht, diesen Rahmenvertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere, aber nicht ausschließlich vor, wenn die andere Vertragspartei eine wesentliche Vertragsverletzung begeht, ferner, wenn Umstände in der Person der anderen Vertragspartei vorliegen, die erwarten lassen, dass diese ihren vertraglichen Verpflichtungen dauerhaft nicht mehr nachkommen kann. Im Übrigen gilt § 314 BGB, mit

der Maßgabe, dass eine Abmahnung mindestens in Textform im Sinne von § 126b BGB zu erfolgen hat, um Rechtswirkungen zu entfalten.

- 7.4 Die Kündigung dieses Rahmenvertrags lässt die eingetretenen Rechtsfolgen bezüglich erfolgter Einzelabrufe und in Anspruch genommener Planungsleistungen unberührt. Die jeweiligen Einzelverträge haben eine eigene Geschäftsgrundlage.

§ 8 Höhere Gewalt

In Fällen höherer Gewalt ist die hiervon betroffene Vertragspartei für die Dauer und im Umfang der Auswirkung von ihrer Verpflichtung zur Übergabe und Übergabe und Übergabe oder Entgegennahme befreit. Höhere Gewalt ist jedes außerhalb des Einflussbereichs der jeweiligen Vertragspartei liegende Ereignis, durch das sie ganz oder teilweise an der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gehindert wird, einschließlich Feuerschäden, Überschwemmungen, Streiks und rechtmäßiger Aussperrungen, unerwartet auftretender Pandemien oder Epidemien sowie nicht von ihr verschuldeter Betriebsstörungen oder behördlicher Verfügungen. Versorgungsschwierigkeiten und andere Leistungsstörungen auf Seiten der Vorlieferanten des Auftragnehmers gelten nur dann als höhere Gewalt, wenn der Vorlieferant seinerseits durch ein Ereignis gemäß Satz 1 an der Erbringung der ihm obliegenden Leistung gehindert ist. Die betroffene Vertragspartei wird der anderen Vertragspartei unverzüglich den Eintritt sowie den Wegfall der höheren Gewalt anzeigen und sich mit ihr über das weitere Vorgehen abstimmen.

§ 9 Gewährleistung; Haftung

- 9.1 Für die Rechte des Auftraggebers bei Sach- und Rechtsmängeln der Verkaufsartikel, bei nicht vertragsgemäßen Planungsleistungen sowie bei sonstigen Pflichtverletzungen des Auftragnehmers gelten die gesetzlichen Vorschriften und, ausschließlich zugunsten des Auftraggebers, die nachfolgenden Ergänzungen und Klarstellungen.
- 9.2 Dem Auftraggeber bleibt das Recht, bei Fehlschlägen der Nachbesserung oder Mangelhaftigkeit der Ersatzlieferung nach seiner Wahl hinsichtlich des Einzelvertrags, in

der die Leistungsstörung auftrat, zu mindern oder zurückzutreten, ausdrücklich vorbehalten.

- 9.3 Kommt der Auftragnehmer seiner Verpflichtung zur Nacherfüllung innerhalb einer vom Auftraggeber gesetzten, angemessenen Frist nicht nach, kann der Auftraggeber den Mangel selbst beseitigen und vom Auftragnehmer Ersatz der hierfür erforderlichen Aufwendungen bzw. einen entsprechenden Vorschuss verlangen.
- 9.4 Im Falle nicht vertragsgemäßer Planungsleistungen ist der Auftragnehmer auf eigene Kosten zur erneuten vertragsgemäßen Erbringung der Planungsleistungen verpflichtet und leistet für die Mangelfreiheit der auf den fraglichen Planungsleistungen beruhenden Einzelabrufe Gewähr.

§ 10 Schlussbestimmungen

- 10.1 Insgesamt sind die nach diesem Rahmenvertrag möglichen Vertragsstrafen auf 5 % des tatsächlich während der Laufzeit des Rahmenvertrags erreichten Gesamt-Netto-Abrufvolumens beschränkt.
- 10.2 Dieser Vertrag und seine Auslegung unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss seiner kollisionsrechtlichen Regelungen und des UN-Kaufrechts (CISG).
- 10.3 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Mainz.
- 10.4 Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so wird dies die Gültigkeit dieses Vertrages im Übrigen nicht berühren. Die Vertragsparteien verpflichten sich zusammenzuwirken, um die unwirksame oder undurchführbare Bestimmung durch eine wirksame oder durchführbare Bestimmung zu ersetzen, die im wirtschaftlichen Ergebnis der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung möglichst nahekommt. Die Regelung nach den Sätzen 1 und 2 gilt entsprechend in den Fällen, in denen dieser Vertrag unvollständig ist. Beruht die Unwirksamkeit auf einer Leistungs- oder Zeitbestimmung, tritt an die Stelle der unwirksamen Bestimmung das gesetzlich bestimmte Maß.

- 10.5 Mündliche Nebenabreden sind nicht getroffen. Änderungen und Ergänzungen dieses Rahmenvertrags, einschließlich dieser Bestimmung selbst, bedürfen der Schriftform in Form einer von beiden Vertragsparteien unterzeichneten privatschriftlichen Änderungs-urkunde, sofern der Vertrag im Einzelfall keine andere Form vorschreibt.

[Ort], [Datum]

[Ort], [Datum]

[Firma/Name Auftragnehmer]

[xxx]

[Name Unterzeichner]

[Name Unterzeichner]